

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Regionalgruppe Münster
Kajo Schukalla

Münster, 2.11.2016

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem verkürzten Rundbrief möchte ich an **die nächsten Veranstaltungen und Treffen** der GfbV-Münster erinnern. In den letzten Wochen hat es eine Fülle an eigenen menschenrechtspolitischen Aktivitäten gegeben, nicht wenige mit flüchtlings- und entwicklungspolitischen Bezügen. Zur Berichterstattung bleibt dann oft nicht mehr die erforderliche Zeit, so auch diesmal. Wir werden demnächst über die wichtigsten Aktionen berichten bzw. Nachrichten auf unserer Internetseite einstellen:

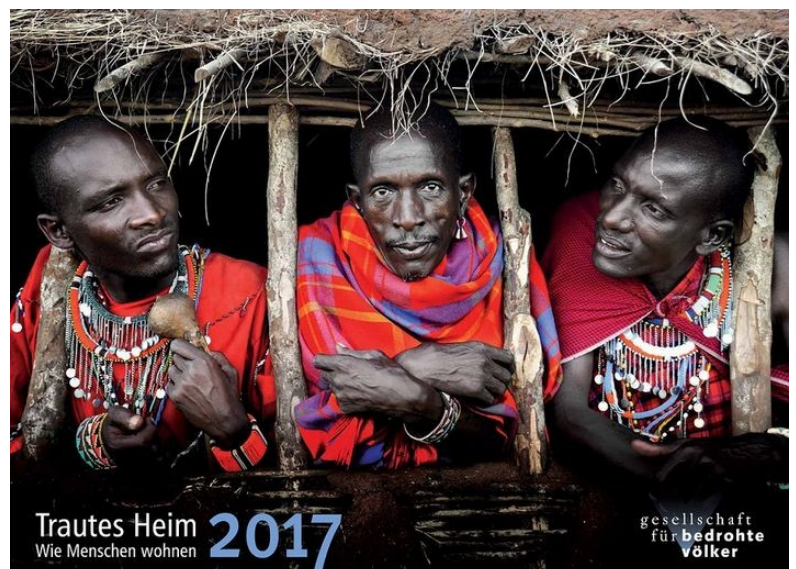
<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

Auch eine **traurige Nachricht** gibt es : **Annegret Hutzenlaub**, unsere langjährige Verbündete bei ACAT/ Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e.V. (Action des Chretiens pour l'Abolition de la Torture) ist nach schwerer Krankheit gestorben. Über 15 Jahre hat sie die Geschäftsstelle der ACAT in Lüdinghausen mit unermüdlichem Einsatz geleitet: Im Januar schied sie wegen schwerer Krankheit aus der aktiven Arbeit aus. Ihre jüngsten Sorgen galten der zunehmenden Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und sie mahnte zur Wachsamkeit. Wir werden in ihrem Sinne weiterarbeiten und ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Danke, Annegret, für dein Wirken !
(Annegret Hutzenlaub, * 30.7.1952 , + 20.10.2016)

In diesem Rundbrief beschränken wir uns thematisch auf eine Zusammenstellung ausgewählter GfbV-Pressemitteilungen **zu den jüngsten Entwicklungen Äthiopien**.

Hinweisen möchte ich noch auf unseren **neuen GfbV-Bildkalender**, der ab sofort im Bundesbüro Göttingen oder direkt bei Ulrike Kuhlmann in Münster (Kontakt siehe unten) bezogen werden kann. Er eignet sich auch perfekt als Geschenk für gute Freunde. Preis: 19,50 Euro (Versand kostenlos deutschlandweit). Infos und Bildeerr zum Wandkalender: <https://www.gfbv.de/de/informieren/bildkalender-2017/>

Mit herzlichem Gruß
Kajo Schukalla



1. Die nächsten Termine

Offenes Arbeitstreffen zur Menschenrechtsarbeit

Donnerstag, 3. November 2016, 20 Uhr

Die Brücke - Internationales Zentrum der Universität
Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),

48143 Münster,

Interessierte sind herzlich willkommen!

Bitte die nächsten Treffen vormerken:

Offenes Arbeitstreffen zur Menschenrechtsarbeit

Donnerstag, 5. Januar 2017, 20 Uhr

Donnerstag, 2. Februar 2017, 20 Uhr

Land in Afrika – nicht fairkauft.

Landgrabbing in Subsahara-Afrika

Darfur-Sudan im Fokus

Samstag, 5. November 2016, 14.30 – 17.30 Uhr

Die Brücke - Internationales Zentrum der Universität
Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz), 48143 Münster

Mindestens fünf Prozent der gesamten Agrarfläche Afrikas haben in den letzten Jahren ihren Besitzer gewechselt. Die größten Landnahmen, überwiegend als Landraub (Landgrabbing), konzentrieren sich auf Länder, deren Rechtsverhältnisse besonders unsicher und problematisch sind. Zumeist geht es um großflächige Käufe durch private, aber auch staatliche Investoren und Agrarunternehmen, die Agrarflächen kaufen oder langfristig zur Herstellung von Agrarrohstoffen pachten. Den Entwicklungen im Sudan und besonders in Darfur gilt besondere Aufmerksamkeit. Darfur hat nach Krieg, Völkermord und Massenvertreibungen andere Formen des Landraubs erlebt.

Referenten: Hanno Schedler (GfbV, Afrika-Referat, Göttingen), Adam Ibrahim Eltom (Bern), Doris Heineck (Marburg), Dr. Kajo Schukalla (GfbV Münster)

Veranstalter:

Gesellschaft für bedrohte Völker - Regionalgruppe Münster, Darfur-Hilfe e.V., Ghana-Forum NRW, Eine-Welt-Forum Münster

Teilnahme frei.

Die **Darfur-Hilfe e.V. - Mitgliederversammlung** findet bereits um **12 Uhr** in der Brücke statt. Interessierte, die an der internen Versammlung teilnehmen möchten, werden um telefonische Anmeldung gebeten.

Ungleicher Handel und die Folgen

Tagesexkursion zum Bremer Überseemuseum

Samstag, 19. November 2016

In Bremen starten wir mit einem Besuch des "Kolonialelefanten" und gehen dann in das Überseemuseum, das den Welthandel Bremens seit Kolonialzeiten dokumentiert. Die

Einführung konzentriert sich auf Themen der Handelsgeschichte und Auswirkungen der ungleichen Wirtschaftsbeziehungen auf indigene Völker. Nach einem ersten Rundgang ist ein Gespräch über den fairen Handel im nahegelegenen Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung geplant. Es bleibt anschließend Zeit zu einem vertiefenden Museumsbesuch oder einem Besuch der Altstadt.

Anreise individuell oder nach Absprache, Treffen in Bremen um 10.30 Uhr am Ost- (Hinter-)Ausgang des Hauptbahnhofs

Ohne Teilnehmergebühr, Reisekosten und Museumseintritt trägt jeder selbst.

Veranstalter: Gesellschaft für bedrohte Völker, Eine-Welt-Forum Münster

Anmeldung erwünscht bis 14.11. unter kajo.schulkalla@gmail.com ,

Telefon 0251// 2390606 (AB)

*Hinweise zu weiteren Veranstaltungen der **Reihe FAIRKAUFT** des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit finden sich dieser Internetseite:*

<https://www.muenster.de/stadt/fairkauft/>

2. Nachrichten zu Äthiopien

GfbV-Münster, Pressebericht, 14.10.2016

Äthiopien: Menschenrechtsverletzungen verurteilen

Münster. Um die Menschenrechte in Äthiopien ist es schlecht bestellt, befanden die Äthiopierin Seble Philippi und Dr. Kajo Schukalla von der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) bei einem Informationstreffen anlässlich der Staatsvisite Bundeskanzlerin Angela Merkels in Addis Abeba. Die Menschenrechtsorganisation begrüßt zwar die Mahnung Merkels an den äthiopischen Ministerpräsidenten Hailemariam Desalegn um mehr Verhältnismäßigkeit im Umgang mit der Opposition, kritisiert dies aber als zu schwach. Die autoritäre Regierung sei mit ihrer brutalen Unterdrückung von Regierungskritikern und der diskriminierenden Behandlung der Volksgruppen und Regionen selbst eine Ursache der Fluchtbewegungen. „Eine unmissverständliche Verurteilung der blutigen Gewalt äthiopischer Sicherheitskräfte gegen Protestierende wäre notwendig gewesen“, so Schukalla. Wie Seble Philippi berichtete, seien eine Woche vor dem Staatsbesuch bei den Feiern des Erecha-Festes der Oromo am Hora-See durch exzessive Gewalt zahlreiche Menschen durch Sicherheitskräfte getötet worden. Äthiopische Quellen sprechen von bis zu 678 Toten und zahlreichen Verletzten. Scharf kritisiert die Gesellschaft für bedrohte Völker darüber hinaus den Ausverkauf des Landes an ausländische Konzerne und eine schleichende Vertreibungspolitik gegenüber der eigenen Bevölkerung vor allem in peripheren Regionen des Staates.

Bild: Seble Philippi und Kajo Schukalla



GfbV-Pressemitteilung

02.11.2016

Äthiopien: Regierungsumbildung wird Zorn der Oromo nicht besänftigen

Erster Jahrestag des Beginns der Proteste der Oromo (11.11) (Pressemitteilung)

<https://www.flickr.com/photos/unido/29540206833/>

Regierungschef Hailemariam Desalegn hat sein Kabinett neu zusammengestellt. Foto: UNIDO via Flickr

Kurz vor dem ersten Jahrestag des Beginns der öffentlichen Proteste der Oromo in Äthiopien (11.11.) hat die Regierung des Landes am Dienstag eine Kabinettsumbildung beschlossen, um den Zorn der Bevölkerung besänftigen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker kritisierte diese Maßnahme als „unzureichend“ und „zu spät“. „Die Oromo schauen auf eine jahrzehntelange Diskriminierung auf allen Ebenen der Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Armee zurück. Die Ernennung von zwei Oromo-Ministern reicht da nicht aus, um die aufgeheizte Stimmung unter der größten Bevölkerungsgruppe des Landes zu beruhigen“, warnte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. „Äthiopiens Machtelite hat sich unglaublich gemacht. Ohne ein radikales Umdenken und tiefgreifende Reformen wird der dramatische Vertrauensverlust in breiten Kreisen der Bevölkerung nicht zu stoppen sein.“ Es dürfe nicht vergessen werden, dass auch andere bedeutende Bevölkerungsgruppen, wie die Amhara, über 25 Jahre Machtmissbrauch und Willkür durch die regierenden Tigray verbittert seien. Am 11. November 2015 hatten Oromo öffentlich zu protestieren begonnen. Sie richteten sich zunächst gegen eine Gebietsreform, die weiteren Landverlust der Oromo zugunsten der Hauptstadt Addis Abeba vorsah.

Im Rahmen der jetzt beschlossenen Kabinettsumbildung wurden zwölf neue Minister ernannt, unter ihnen die beiden Oromo Negeri Lencho Bultum als Informationsminister und Workineh Gebeyehu Woldekidan als Außenminister. „So sollen die Oromo und das Ausland beruhigt und ein vermeintlicher Neuanfang in der Politik gegenüber der marginalisierten Bevölkerungsgruppe signalisiert werden“, erklärte Delius. „Doch Vorsicht ist angebracht, denn beide Politiker gehören der „handzahmen“ Oromo-Partei OPDO (Oromo People`s Democratic Organization) an.“ Sie ist seit Jahren Teil der Regierungskoalition unter Führung des Machtapparats der Tigray. Unter den Oromo genießt sie kaum Ansehen, denn sie gilt als willfähiges Machtinstrument der regierenden EPRDF.

„Ein echter Neuanfang sieht anders aus“, sagte Delius. So müssten zunächst die mehreren zehntausend Oromo freigelassen werden, die als politische Gefangene festgehalten werden. Außerdem müssten die inhaftierten Politiker des Oromo Federalist Congress (OFC), der bedeutendsten offiziell anerkannten Oromo-Partei, aus der Haft entlassen werden, forderte der Menschenrechtler. Presse-, Meinungs- und



Versammlungsfreiheit müssten gewährt, Antiterror-Gesetze und das NGO-Gesetz müssen abgeschafft werden, das die Zivilgesellschaft knebelt.

GfbV-Pressemitteilung

21.10.2016

Äthiopien: Desaströse Informationspolitik schürt Gewalt

Appelle des UN-Generalsekretärs, Bürgerrechte zu respektieren, bleiben unbeachtet (Pressemitteilung)

Bei einer Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel räumte Premierminister Hailemariam Desalegn am 11. Oktober 2016 ein, dass bei den Protesten bereits mehr als 500 Menschen getötet wurden. Foto: Cia Pak via UN Photo

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) macht die desaströse Informationspolitik der Regierung für die Eskalation von Protesten, Gewalt und Spannungen in Äthiopien verantwortlich. „Opferzahlen werden nur selektiv veröffentlicht und systematisch heruntergespielt. Menschenrechtsorganisationen, die detailliert höhere Angaben zu Menschenrechtsverletzungen machen, werden als unseriös diffamiert. Doch Wochen später wird schließlich eingeräumt, wie berechtigt die Sorge um Menschenrechte war. Mit einer solchen Taktik des Leugnens und Verschleierns verspielen Äthiopiens Behörden jede Glaubwürdigkeit, vor allem auch in der eigenen Bevölkerung“, erklärte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Freitag in Göttingen. „So wird bei den Demonstranten nur neue Wut geschürt und die Aussicht auf eine politische Lösung der Konflikte getrübt.“ Appelle von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, die Bürgerrechte zu respektieren, bleiben unbeachtet.

Am Donnerstag hatten die äthiopischen Behörden erklärt, 1.645 Demonstranten und „Rädelsführer“ seit Verhängung des Ausnahmezustandes am 8. Oktober 2016 festgenommen zu haben. Die reelle Zahl aller seit Beginn der Proteste im November 2015 Verhafteten ist mit mindestens 22.000 Menschen nach Informationen der GfbV jedoch deutlich höher. Denn die Massenverhaftungen in den Regionen Oromia und Amhara halten bereits seit Monaten an und begannen nicht erst mit der Ausrufung des Ausnahmezustands. Schon vor einem halben Jahr hat die GfbV freien Zugang für internationale Menschenrechtsexperten zu namentlich genannten Armeelagern und ehemaligen Polizeischulen gefordert, die als illegale Gefängnisse genutzt werden.

Auch nach dem Blutbad beim Erntedankfest der Oromo am 2. Oktober 2016 hatten sich die Behörden beeilt, eine relativ geringe Zahl von 55 Menschen anzugeben. „Schnell wurde eine dreitägige Staatstrauer verhängt, um jede öffentliche Debatte über die Hintergründe und das wahre Ausmaß des Zwischenfalls zu verhindern“, kritisierte Delius. „Bis heute ist nicht klar, wie viele Oromo zu Tode kamen. Kritiker gehen von mindestens 678 Toten aus. Die Angehörigen der Vermissten wollen endlich die Wahrheit wissen. Ihre Proteste werden immer gewalttätiger, weil sie die Hoffnung verloren haben, von dieser Regierung jemals die Wahrheit zu erfahren. Das ist hausgemachte Gewalt, für die Äthiopiens Regierung weitgehend verantwortlich ist.“

Wochenlang wurden internationale Menschenrechtsorganisationen von den Behörden gezielt diffamiert, weil sie angeblich zu hohe Zahlen der bei Demonstrationen Getöteten vorlegten. Bei einer Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel räumte Premierminister Hailemariam Desalegn am 11. Oktober 2016 ein, dass bei den Protesten bereits mehr als 500 Menschen getötet wurden, und bestätigte damit die zuvor von Menschenrechtsorganisationen gemachten Angaben.

GfbV-Pressemitteilung

17.10.2016

Äthiopien: Ausnahmezustand verschärft - EU soll protestieren

Kommunikation und Bewegungsfreiheit eingeschränkt - Politische Äußerungen verboten - Ziviler Ungehorsam hält jedoch an (Pressemitteilung)

Die äthiopische Regierung hat Samstagnacht neue drakonische Bestimmungen zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes verkündet. Doch so wird der zivile Ungehorsam der über staatliche Willkür und Menschenrechtsverletzungen aufgebrauchten Oromo nicht zu brechen sein. Foto: GfbV

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die Verschärfung des Ausnahmezustandes in Äthiopien kritisiert. Die Menschenrechtsorganisation forderte die Europäische Union auf, gegen die massive Einschränkung von Bürgerrechten sowie der Bewegungsfreiheit von Diplomaten zu protestieren. „Was hat Äthiopien zu verbergen, dass es die Bewegungsfreiheit von Ausländern drastisch einschränkt und seinen Bürgerinnen und Bürgern jegliche Auslandskontakte, jeden kritischen Informationsfluss durch Telefon, E-Mail, Facebook und andere soziale Medien verbietet?“, sagte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Montag in Göttingen. „Ob hinter den Kulissen weiter gemordet wird, soll der Weltöffentlichkeit offenbar verborgen bleiben.“

Die äthiopische Regierung hat Samstagnacht neue drakonische Bestimmungen zur Durchsetzung des Ausnahmezustandes verkündet. So dürfen sich ausländische Diplomaten nur noch in einem Umkreis von 40 Kilometern frei in der Umgebung der Hauptstadt Addis Abeba bewegen. Alle weiteren Reisen müssen von den Behörden genehmigt werden. Entlang aller Hauptverkehrsstraßen wurde eine 25 Kilometer breite „rote Zone“ eingerichtet. Dort wurde die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Außerdem darf niemand Waffen oder entzündbare Flüssigkeiten besitzen. So sollen neue Brandanschläge auf Großfarmen von Investoren sowie Industrieprojekte und Staatseinrichtungen verhindert werden. In unmittelbarer Nähe solcher Projekte gilt eine abendliche Ausgangssperre.

Verboten wurde auch, ausländische Radio- oder Fernsehsendungen regierungskritischer Medien zu hören oder zu sehen. Politischen Parteien wird de facto jede Meinungsäußerung zur angespannten Sicherheitslage untersagt. Auch die Führer religiöser Bewegungen sowie Schulen und Universitäten müssen sich jeder politischen Äußerung enthalten. Um neue Generalstreiks zu verhindern, ist es Geschäftsleuten jetzt verboten, ihren Laden während der normalen Öffnungszeiten zu schließen.

„Doch so wird der zivile Ungehorsam der über staatliche Willkür und Menschenrechtsverletzungen aufgebrauchten Oromo nicht zu brechen sein“, warnte Delius. Denn selbst Kleinbäuerinnen verweigern inzwischen die Versorgung der größeren Städte mit Nahrungsmitteln und verkaufen ihre Produkte nicht mehr an die Städter. „Auf die Wirtschaft Äthiopiens kommen durch die Proteste und Angriffe auf Projekte ausländischer Investoren Milliardenverluste zu. Äthiopiens Wirtschaftswunder droht ein steiler Absturz, wenn die Regierung nicht endlich umdenkt und unabhängige Untersuchungen der Übergriffe auf Demonstranten zulässt.“

GfbV-Pressemitteilung

11.10.2016

Äthiopien: Merkels Mahnung war zu schwach

Bundeskanzlerin hätte auf UN-Untersuchung der blutigen Niederschlagung von Protesten

bestehen müssen (Pressemitteilung)

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) begrüßt den Appell von Bundeskanzlerin Angela Merkel an den äthiopischen Ministerpräsidenten Hailemariam Dessalegn, in der Auseinandersetzung mit Oppositionellen die Verhältnismäßigkeit zu wahren. „Nach der blutigen Niederschlagung von Protesten von Oromo in den vergangenen zehn Tagen war diese Mahnung jedoch zu schwach. Wir hätten uns eine klare Verurteilung der Gewalt gewünscht, mit der die äthiopischen Sicherheitskräfte gegen Protestierende vorgegangen sind“, erklärte der GfbV-Afrika-Experte Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen nach der Rede von Merkel in Addis Abeba während ihres Staatsbesuches in Äthiopien am Dienstag. „Bei vermutlich mehr als 500 Toten hätte Merkel auf einer unabhängigen Untersuchung der Vorfälle durch die Vereinten Nationen bestehen müssen, um zu unterstreichen, dass die brutale Unterdrückung von Regierungskritikern das Land in ein Pulverfass verwandelt und noch mehr Menschen die Flucht ergreifen müssen.“

GfbV-Pressemitteilung

10.10.2016

Äthiopien: Kurz vor Ankunft von Bundeskanzlerin Merkel viele neue Opfer bei Protesten in Oromia

Keine Migrationspartnerschaft mit Verfolgerstaat Äthiopien! UN sollen Menschenrechtsbeobachter entsenden (Pressemitteilung)



„Angesichts des anhaltenden Tötens darf Bundeskanzlerin Angela Merkel aus moralischen Gründen nicht über eine Migrationspartnerschaft mit Äthiopien verhandeln“, erklärte Delius. Foto: GfbV Protest in Berlin (05.10.2016)

Bei schweren Auseinandersetzungen zwischen Oromo-Demonstranten, Polizei und Militär sind in Äthiopien in den vergangenen sieben Tagen mindestens 350 Zivilisten und 200 Sicherheitskräfte getötet worden, berichtet die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) unter Berufung auf Augenzeugen. „Aufgrund der katastrophalen Sicherheitslage und der Informationsblockade der Behörden können wir diese Angaben zurzeit nicht überprüfen. Deshalb müssen die Vereinten Nationen dringend Menschenrechtsbeobachter nach Äthiopien entsenden, um das genaue Ausmaß der Gewalt zu untersuchen“, forderte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Montag in Göttingen.

„Angesichts des anhaltenden Tötens darf Bundeskanzlerin Angela Merkel aus moralischen Gründen nicht über eine Migrationspartnerschaft mit Äthiopien verhandeln“, erklärte Delius. „Außerdem macht dies auch keinen Sinn, weil das autoritär regierte Land mit seiner brutalen Unterdrückung von Regierungskritikern eine Massenflucht junger Oromo provoziert. Merkel muss sich für ein Ende der schweren Menschenrechtsverletzungen einsetzen, um einen weiteren Massenexodus zu verhindern. Solange die jüngsten Vorfälle nicht unabhängig untersucht werden, sehen wir kaum Spielraum für einen politischen Dialog und für eine Beruhigung der bürgerkriegsähnlichen Lage.“

Äthiopische Sicherheitskräfte hatten am Sonntag vor einer Woche bei einem von vier Millionen Oromo besuchten Erntedankfest mit Tränengas und Schüssen eine Massenpanik ausgelöst, bei der nach Augenzeugenberichten 678 Menschen getötet

wurden. Seither ist das öffentliche Leben in den Städten der Region Oromia zum Erliegen gekommen. Aus Wut über die Provokation der Behörden erlebt Oromia einen Generalstreik. Alle Geschäfte sind geschlossen, der öffentliche Nahverkehr ruht, viele Straßen sind von Demonstranten blockiert, die Polizeistationen attackiert und sich dort bewaffnet haben. Immer wieder kommt es zu schweren Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften.

Die Wut der Demonstranten richtet sich auch gegen ausländische Investoren und äthiopische Wirtschaftsunternehmen, denen große Nähe zu dem Regime nachgesagt wird. So sollen bereits mehr als 300, nach Behördenangaben nur elf Gebäude niedergebrannt worden sein. Insbesondere sollen Unternehmen des saudi-arabisch-äthiopischen Milliardärs Mohammed Al Amoudi sowie von Azeb Mesfin, der Witwe des verstorbenen Premierministers Meles Zenawi betroffen sein. Auch sie gilt als Milliardärin und leitet das einflussreiche Firmenimperium „Endowment Fund for the Relief of Tigray“ (EFFORT), das in fast allen Wirtschaftssparten des Landes aktiv ist.

GfbV-Pressemitteilung

09.10.2016

Afrikareise der Bundeskanzlerin beginnt unter schlechten Vorzeichen

Massive Zunahme von Spannungen und Gewalt in Niger und Mali – Ausnahmezustand in Äthiopien (Pressemitteilung)

„Die Reise steht unter schlechten Vorzeichen, weil sich in allen drei Ländern, die Merkel besuchen wird, die Menschenrechtslage in den letzten Tagen deutlich verschlechtert hat“

„Wer Flucht und Migration aus Afrika wirksam bekämpfen will, muss sich dort mehr für Menschenrechte und Frieden einsetzen“, erklärte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) zum Beginn der Afrikareise von Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Die Reise steht unter schlechten Vorzeichen, weil sich in allen drei Ländern, die Merkel besuchen wird, die Menschenrechtslage in den letzten Tagen deutlich verschlechtert hat“, sagte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Sonntag in Göttingen. „Die jüngsten Zwischenfälle in Äthiopien, Mali und Niger machen deutlich, dass Wirtschaftshilfen und europäische Investitionen zwar wichtig sind, aber ohne Menschenrechte und Frieden nicht nachhaltige Stabilität bringen. Viel von den jährlich 130 Millionen Euro deutscher Entwicklungshilfe für Äthiopien wird sinnlos verpuffen, nachdem Äthiopien heute den Ausnahmezustand verhängte und nun noch mehr auf Verfolgung von Regierungskritikern setzt als auf politischen Dialog.“

So haben in Mali, ihrem ersten Reiseziel, die Spannungen an diesem Wochenende deutlich zugenommen, nachdem am gestrigen Samstag einer der bedeutendsten militärischen Führer von Tuareg-Bewegungen gewaltsam im Norden des Landes zu Tode kam. Noch ist ungeklärt, ob Cheikh Ag Aoussa mit seinem Fahrzeug auf eine Landmine fuhr oder gezielt getötet wurde.

Im benachbarten Niger, das Merkel am Montag besucht, hat sich die Sicherheitslage drastisch verschlechtert, nachdem am Donnerstag letzter Woche das Flüchtlingslager Tazalit von mutmaßlichen islamistischen Extremisten angegriffen und 22 Soldaten gezielt exekutiert wurden. Islamistische Terroristen hatten im September 2016 schon ein anderes Camp von Mali-Flüchtlings in Tabar-Barey attackiert und dabei drei Personen getötet. Die Insassen beider Lager sind vor schweren Übergriffen im Norden Malis geflohen und hatten im Nachbarland Niger Schutz gesucht.

Im dritten Land von Merkels Afrikareise, in Äthiopien, hat die Regierung am heutigen Sonntag den Ausnahmezustand verhängt. „Nun bestehen auch für den wohlmeinendsten

ausländischen Beobachter keine Zweifel mehr daran, wie dramatisch sich die Lage in Afrikas ehemaligem Vorzeige-Land verschärft hat“, erklärte Delius. „Äthiopien steht am Rande eines Bürgerkriegs.“ Während Merkel mit der Regierung in Addis Abeba beraten wird, sind viele Einfallstraßen der Hauptstadt von Demonstranten blockiert. Wenn Deutschlands Partner nur noch auf Gewalt setzt, um Kritiker mundtot zu machen, dann muss das auch Thema der Regierungsgespräche sein.“ Seit dem Beginn der letzten Woche halten vor allem in der benachbarten Region Oromia wütende Proteste der Bevölkerung an. Seit Tagen wird in weiten Landesteilen von den Behörden der Zugang zum Internet blockiert. So soll verhindert werden, dass sich Regierungsgegner zu Protesten verabreden können. „Es ist zynisch, wenn Äthiopiens Regierung nun erklärt, durch die Verhängung des Ausnahmezustandes würden Menschenrechte nicht eingeschränkt“, sagte Delius. Seit Ausbruch der Unruhen in der Region Oromia im November 2015 und in der Region Amhara im Juli 2016 wurden mehr als 20.000 Oromo und Amhara verhaftet.

GfbV-Pressemitteilung

06.10.2016

Merkels Äthiopien-Besuch wird zur Lehrstunde für Fluchtursachen

Äthiopische Regierung muss internationaler Untersuchung des Blutbades vom vergangenen Wochenende zustimmen, sonst droht weitere Eskalation (Pressemitteilung)

Wenige Tage vor dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel spitzt sich die Sicherheitslage in Äthiopien weiter zu. Foto: GfbV Protest in Berlin (05.10.2016)

Wenige Tage vor dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel spitzt sich die Sicherheitslage in Äthiopien weiter zu, berichtet die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Erstmals ist bei den seit November 2015 anhaltenden Protesten von Oromo eine Ausländerin zu Tode gekommen. Die US-Amerikanerin wurde bereits am Dienstag durch einen Steinwurf von Demonstranten auf ihren Kleinbus in den Außenbezirken der Hauptstadt Addis Abeba getötet.

„Äthiopien gleicht einem Vulkan und so wird Merckels Besuch zu einer Lehrstunde von Fluchtursachen“, warnte der GfbV-Afrika-Experte Ulrich Delius am Donnerstag in Göttingen. „Mit einfachen Appellen zur Zurückhaltung an alle Konfliktparteien ist diese eskalierende Situation nicht mehr zu beruhigen. Wenn auf den Straßen offen gekämpft wird, darf man dies nicht ignorieren und so tun, als ob Äthiopien ein Hort der Stabilität wäre. Die äthiopische Regierung muss sich endlich bewegen und einer unabhängigen internationalen Untersuchung des Blutbades vom vergangenen Sonntag zustimmen, sonst wird die Lage weiter eskalieren, das Horn von Afrika destabilisieren und viele Menschen zur Flucht nach Europa bewegen.“

Die Tote ist die 31 Jahre alte Biologin Sharon Gray von der in Davis (USA) ansässigen Universität von Kalifornien. Sie war Pflanzen-Forscherin und befand sich mit einer amerikanischen Kollegin, die unverletzt blieb, auf dem Weg zu einem Arbeitstreffen. „Wir bedauern diesen tragischen Tod, der nichts Gutes für die Zukunft Äthiopiens erwarten lässt“, sagte Delius. Das von vielen Regierungen in Europa als Hoffnungsträger Afrikas dargestellte Land entwickelt sich immer mehr zum Sorgenkind des Kontinents. Israel hat inzwischen eine Reisewarnung für zahlreiche Regionen Äthiopiens verkündet.

Waren die Proteste von Oromo, Amhara und anderen Bevölkerungsgruppen viele Monate lang überwiegend friedlich geblieben, so werden sie nach dem von den Sicherheitskräften verschuldeten Tod hunderter Oromo-Pilger beim Erntedankfest in Bishoftu am

vergangenen Sonntag immer gewaltsamer. So wurde in Ada Berga in der Region Oromia eine Zementfabrik, die einem nigerianischen Unternehmen gehört, von Demonstranten in Brand gesetzt. Ausländische Firmen verstärken ihre Sicherheitsvorkehrungen, da sich die Angriffe auf ihre Einrichtungen mehren.

In mehr als zwei Dutzend Städten in der Region Oromia kam es seit vergangenem Montag zu Protesten. In Dembidolo töteten Sicherheitskräfte einen Demonstranten mit einem Kopfschuss, der sich nach einer Trauerfeier einem Protest angeschlossen hatte. Auch in der Stadt Sendefa kam es nach einer Trauerfeier für eine bei dem Erntedankfest getötete Mutter und ihr Kind zu schweren Auseinandersetzungen.

GfbV-Pressemitteilung

05.10.2016

Fluchtursachen wirksam bekämpfen! Verbrechen in Äthiopien und Sudan anprangern!

Bundeskanzlerin Merkel reist nach Afrika (9.10.) (Pressemitteilung)

„Es ist ungeheuerlich, dass europäische Politiker zuschauen, wie im Sudan eine Bande von Vergewaltigern und Mördern für die EU Jagd auf Flüchtlinge macht, um sie an einer Flucht nach Europa zu hindern“, kritisierte GfbV-Afrikareferent Delius während des Protests. Foto: Hanno Schedler für GfbV

Wenige Tage vor der Afrikareise von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Mittwoch mit einer Menschenrechtsaktion am Brandenburger Tor in Berlin die Flüchtlingspolitik Deutschlands und der EU kritisiert. Gemeinsam mit Dutzenden Oromo, Amhara und anderen Flüchtlingen aus Äthiopien sowie mit Darfuris aus dem Westen des Sudan protestierte die GfbV mit Transparenten, einer symbolischen Mauer, einem Schlauchboot und einem mit Stacheldraht umwickelten Rettungsring dagegen, Afrikas Despoten zu hofieren.

„Fluchtursachen können nicht in Zusammenarbeit mit Gewaltherrschern beseitigt werden, die ihre eigene Bevölkerung verfolgen und terrorisieren und so zur Flucht zwingen“, erklärte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius. „Merkel muss deutliche Worte zur dramatischen Menschenrechtslage in Äthiopien finden. Jede Kooperation mit Äthiopien in Migrationsfragen ist nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch sinnlose Geldverschwendung, solange zehntausende Menschen vor staatlicher Verfolgung aus dem Land am Horn von Afrika fliehen. Nur Engagement gegen Unterdrückung und Vertreibung ist langfristig ein wirksames Mittel, um Fluchtursachen erfolgreich zu bekämpfen“, sagte Delius. In Äthiopien wurden erst am vergangenen Wochenende hunderte Oromo bei der blutigen Niederschlagung von Protesten getötet. Merkel beginnt am Sonntag eine Reise nach Afrika und wird auch Äthiopien besuchen.

„Es ist ungeheuerlich, dass europäische Politiker zuschauen, wie im Sudan eine Bande von Vergewaltigern und Mördern für die EU Jagd auf Flüchtlinge macht, um sie an einer Flucht nach Europa zu hindern“, kritisierte Delius. Die wegen ihrer Verbrechen in Bürgerkriegsgebieten berüchtigten Milizionäre der Rapid Support Forces (RSF) werden von Sudans Regierung zum Teil für die EU zum Grenzschutz abgestellt.

Die EU hat dem Sudan mehr als 150 Millionen Euro für den Grenzschutz und Flüchtlingsprojekte zugesagt. „Brandstifter dürfen nicht zu Feuerwehrleuten erklärt werden. Sind doch die sudanesischen Sicherheitskräfte und verbündete Milizen allein seit Januar 2016 für die Flucht von rund 200.000 Menschen aus Darfur und den Nuba-Bergen verantwortlich. Deutschland und die EU haben im Jahr 2005 noch maßgeblich die Strafverfolgung von Sudans Staatspräsident Omar Hassan al Bashir wegen

Völkermordverbrechen in Darfur betrieben. Doch jetzt hofieren sie den steckbrieflich Gesuchten als besten Partner“, sagte Delius. „Mit so viel Ignoranz wird die Zahl der Flüchtlinge aus Afrika weiter steigen, da die Fluchtursachen nicht wirksam bekämpft werden.“

GfbV-Pressemitteilung

04.10.2016

Massenmord in Äthiopien nicht verharmlosen

Bis zu 678 Tote bei Blutbad am Wochenende – Neue Proteste der Oromo
(Pressemitteilung)

Bis zu 678 Menschen sind nach Informationen der bedeutendsten Oromo-Partei, des Oromo Federalist Congress (OFC), beim Einsatz von Sicherheitskräften beim Erecha-Fest am Sonntag getötet worden.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat davor gewarnt, den Massenmord an Oromo in Äthiopien zu verharmlosen. „Das tragische Ende des Erntedankfests der Oromo markiert eine Zäsur“, sagte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen. „Wir befürchten, dass die Proteste weiter zunehmen und weniger friedlich sein werden, weil nicht nur die Oromo, sondern eine breite Bevölkerungsmehrheit in Äthiopien über das menschenverachtende Verhalten der Regierung tief verärgert ist. Denn die Pilger mussten nicht sterben wegen einer bedauerlichen Massenpanik bei einem Großereignis, sondern wegen einer gezielten Provokation der äthiopischen Regierung.“

Bis zu 678 Menschen sind nach Informationen der bedeutendsten Oromo-Partei, des Oromo Federalist Congress (OFC), beim Einsatz von Sicherheitskräften beim Erecha-Fest am Sonntag getötet worden. Die Zahl der Opfer drohe noch weiter zu steigen, da sich in den Krankenhäusern noch 400 Schwerverletzte befinden würden, weitere 900 Oromo hätten leichtere Verletzungen erlitten, erklärte heute Mulatu Gemechu, der stellvertretende OFC-Vorsitzende. Die Behörden räumen bisher nur den Tod von 55 Menschen ein.

„Die Behörden trifft eine direkte Verantwortung für den Tod der vielen Menschen, weil sie sich nicht an die mit den Veranstaltern vereinbarten Vorgaben gehalten haben, sich bei diesem religiösen und kulturellen Fest jeder politischen Vereinnahmung zu enthalten“, erklärte Delius. Als der Regierung nahestehende Politiker eine Rede vor den Pilgern halten wollten, erhoben sich Sprechchöre für Gerechtigkeit und Demokratie. Auf diese Proteste reagierten die Sicherheitskräfte mit dem Einsatz von Tränengas und scharfer Munition, so dass Panik unter den hunderttausenden Oromo-Pilgern ausbrach.

„Die Situation ist nicht nur für Äthiopiens Regierung hochbrisant, sondern auch für die EU, da bei einer Eskalation der Spannungen und Menschenrechtsverletzungen eine weitere Zunahme der Massenflucht von Oromo und anderen verfolgten ethnischen Gruppen nach Europa zu erwarten ist,“ erklärte Delius. „Die Repression zu ignorieren hilft nicht, sondern ermutigt Äthiopiens Sicherheitskräfte nur zu noch mehr Willkür und Gewalt“, erklärte die Menschenrechtsorganisation vor der am kommenden Sonntag beginnenden Afrika-Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sie auch nach Äthiopien führen wird.

Im Vorfeld des Erntedankfestes hatten die Verantwortlichen für die Ausrichtung der Zeremonie im Rahmen des traditionellen Gadaa-Systems der Oromo die Behörden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich um ein religiöses und kulturelles Fest handele, bei der Politik keinen Platz habe. Doch die Behörden bestanden auf Reden offizieller Vertreter und wollten sogar durchsetzen, alle Oromo-Pilger namentlich zu

erfassen. Auch mobilisierten sie massiv regierungstreue Oromo und Funktionäre, um bei dem Fest für die Regierungspolitik zu werben. „Diese Provokationen führten dazu, dass zehntausende Oromo lautstark Gerechtigkeit forderten“, sagte Delius.

Am Montag brachen dann Proteste unter anderem in den Städten Ambo, Shashamene, Bischoftu, Arsi Negele, Zway, Gimbi, Meta Robi aus, bei denen weitere Personen getötet und zahlreiche Oromo verhaftet wurden. Wütende Demonstranten bewarfen Autos mit Steinen und blockierten Straßen, eine Zollstation und eine Polizei-Dienststelle wurden niedergebrannt.

GfbV-Pressemitteilung

03.10.2016

Blutbad in Äthiopien muss untersucht werden

Offizielle Opferzahlen sind nicht glaubwürdig (Pressemitteilung)

Nach Informationen der Behörden sollen zwischen dem 5. und 7. August 2016 sieben Demonstranten getötet worden sein, in Wahrheit verloren aber mindestens 104 Oromo und Amhara ihr Leben. Foto: GfbV

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat den Behörden Äthiopiens vorgeworfen, die Zahl der Todesopfer zu verschleiern, die bei der gestrigen Niederschlagung von Protesten beim Erntedankfest der Oromo ums Leben kamen.

„Die von der Regionalregierung Oromias genannte Zahl von 52 Todesopfern ist nicht glaubwürdig, da Augenzeugen über deutlich mehr Todesfälle berichteten. Dringend muss das Blutbad von unabhängigen internationalen Experten untersucht werden, um das wahre Ausmaß und die Verantwortung für den gewaltsamen Tod zu klären“, erklärte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Montag in Göttingen. Augenzeugen gehen vom gewaltsamen Tod von bis zu 300 Menschen aus.

Die Menschenorganisation wies darauf hin, dass niemals von den Behörden glaubwürdige Opferzahlen vorgelegt wurden, seit im November 2015 die öffentlichen Proteste der Oromo begannen. Regelmäßig war die tatsächliche Zahl der Getöteten fünf- bis zehnmal so hoch, wie von offiziellen äthiopischen Stellen eingeräumt wurde. So kamen nach offiziellen Angaben fünf Menschen Mitte Dezember 2015 bei Demonstrationen zu Tode. Tatsächlich starben damals jedoch mindestens 75 Oromo. Nach Informationen der Behörden sollen zwischen dem 5. und 7. August 2016 sieben Demonstranten getötet worden sein, in Wahrheit verloren aber mindestens 104 Oromo und Amhara ihr Leben. „Die Menschen in Äthiopien haben jedes Vertrauen in Erklärungen ihrer Behörden verloren. Nur unabhängige internationale Experten können die wahren Umstände und Folgen des exzessiven Einsatzes von Gewalt durch Sicherheitskräfte klären“, sagte Delius.

„Leider deutet wenig darauf hin, dass die Behörden die Verantwortlichen für die dramatische Eskalation der Lage bei dem von mehr als zwei Millionen Menschen besuchten Fest juristisch zur Rechenschaft ziehen werden.“ Stattdessen soll den Oromo der Prozess gemacht werden, die die Teilnehmer des Fests dazu verleitet hätten, in Sprechchören Gerechtigkeit zu fordern. „So macht man die Opfer zu Tätern, statt den unverantwortlichen Abwurf von Tränengas-Granaten auf die dicht gedrängt stehende Menschenmenge zu klären. Wer so einen Einsatz anordnet, nimmt bewusst den Tod von hunderten Menschen in Kauf, um Demonstranten mundtot zu machen“, erklärte Delius. Auch das von den Behörden eingeräumte Abfeuern von Warnschüssen war

unverantwortlich, da es natürlich eine Massenpanik auslöste, bei der viele Menschen zu Boden fielen und niedergetrampelt wurden.

Videoaufnahmen und Aussagen von Augenzeugen deuten darauf hin, dass das Tränengas aus einem von der äthiopischen Armee genutzten Bell 205 - Hubschrauber aus US-amerikanischer Fertigung abgeworfen wurde. In der nahe gelegenen Stadt Debre Zeyit befindet sich eine Luftwaffenbasis.

GfbV-Pressemitteilung

02.10.2016

Merkel darf zu Massenmord nicht schweigen

Äthiopien muss unabhängige internationale Untersuchung zulassen: Mehr als 200 Tote bei neuerlichem Blutbad überschatten bevorstehende Reise der Bundeskanzlerin (9.-11.10.) (Pressemitteilung)

Nach dem gewaltsamen Tod von mehr als 200 Oromo bei den Feiern zu ihrem Erntedankfest in Äthiopien hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) gefordert, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel Klartext zur dramatischen Menschenrechtslage sprechen muss, wenn sie am kommenden Wochenende in das Land am Horn von Afrika reist. Foto: European People's Party/Flickr

Nach dem gewaltsamen Tod von mehr als 200 Oromo bei den Feiern zu ihrem Erntedankfest in Äthiopien hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) gefordert, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel Klartext zur dramatischen Menschenrechtslage sprechen muss, wenn sie am kommenden Wochenende in das Land am Horn von Afrika reist. „Fast jeden Monat wird ein neuer Massenmord von Sicherheitskräften an friedlichen Demonstranten in Äthiopien verübt. Wer aus Hubschraubern auf unbewaffnete Frauen, Männer und Kinder schießen lässt, darf kein privilegierter Partner der EU und Deutschlands sein“, erklärte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Sonntag in Göttingen.

Nachdrücklich forderte die GfbV eine unabhängige internationale Untersuchung der Gewalt und eine Bestrafung der Verantwortlichen. Als die Vereinten Nationen nach dem letzten Massaker der Sicherheitskräfte in Äthiopien, bei dem 104 Menschen am 5./6. August 2016 getötet wurden, eine unabhängige Untersuchung verlangten, wiesen die äthiopischen Behörden die Forderung entrüstet zurück. „Als Mitglied des UN-Menschenrechtsrates ist es das Mindeste, das Äthiopien UN-Menschenrechtsexperten einreisen und die Gewalt untersuchen lässt. Bei der blutigen Niederschlagung von Protesten wurden in Äthiopien bereits mindestens 570 Oromo und Amhara zwischen November 2015 und September 2016 getötet.

Bei einem der bedeutendsten kulturellen und religiösen Feste der Oromo-Bevölkerungsgruppe kamen heute mehr als 200 Menschen zu Tode, als nach Protestrufen gegen Äthiopiens Regierung Soldaten aus Hubschraubern Tränengas über der Menschenmenge abwarfen und das Feuer aus Maschinengewehren eröffneten. Einige Augenzeugen berichteten auch vom Schusswaffen-Einsatz von auf dem Boden stationierten Soldaten. Noch ist die Zahl der Opfer ungewiss. Augenzeugen sprechen von bis zu 300 Toten. Nach Angabe von Oromo-Menschenrechtlern sollen 295 Leichname in mehreren Krankenhäusern und Leichenhallen in der Region gezählt worden sein.

Regelmäßig nehmen zwei bis drei Millionen Oromo an den Feiern des Erecha-Festes an dem Hora-See in der Umgebung der Hauptstadt Addis Abeba teil. Durch den Einsatz der exzessiven Gewalt kam es zu einer Massenpanik, in deren Verlauf viele Menschen getötet wurden, als sie niedertrampelt wurden oder von der Steilküste in den See stürzten.

Die GfbV wird am kommenden Mittwoch (5.10.) in Berlin am Brandenburger Tor zwischen 11 und 13 Uhr gegen das Schweigen der deutschen Bundesregierung und der EU zu den Verbrechen in Äthiopien demonstrieren. Mit phantasievollen Aktionen werden wir gegen die Kooperation der EU und Deutschlands mit Äthiopien und dem Sudan in Flüchtlingsfragen protestieren und auf die katastrophale Menschenrechtslage in beiden Ländern aufmerksam machen.

GfbV-Pressemitteilung

29.09.2016

TERMIN: Fluchtursachen wirksam bekämpfen: Verbrechen in Äthiopien und Sudan anprangern!

Bundeskanzlerin Merkel beginnt Afrika-Reise

<https://www.flickr.com/photos/unicefethiopia/25055933226/>

Die EU hat dem sudanesischen Regime Unterstützung in dreistelliger Millionenhöhe zugesagt, um Flüchtlinge aus benachbarten Ländern auf ihrem Weg nach Europa aufzuhalten, während die sudanesische Luftwaffe und Milizen einen blutigen Krieg gegen die schwarzafrikanische Bevölkerung in Darfur und den Nuba-Bergen führen. Foto: Unicef/Flickr

Kreative Aktion mit Flüchtlingen aus Äthiopien und Darfur am Brandenburger Tor (Pariser Platz) in Berlin am Mittwoch, den 5. Oktober 2016 von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Kurz vor Beginn der Afrikareise von Bundeskanzlerin Angela Merkel (9.10.) wird die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am kommenden Mittwoch am Brandenburger Tor (Pariser Platz) in Berlin mit einer kreativen Aktion die fragwürdige Flüchtlingspolitik Deutschlands und der EU kritisieren. „Fluchtursachen können nicht in Zusammenarbeit mit Gewaltherrschern beseitigt werden, die ihre eigene Bevölkerung unterdrücken, bekriegen oder verfolgen und so zur Flucht zwingen“, sagt der GfbV-Afrika-Experte Ulrich Delius. „Nur Engagement gegen Unterdrückung und Vertreibung ist langfristig ein wirksames Mittel, Fluchtursachen tatsächlich zu bekämpfen.“

Gemeinsam mit in Deutschland lebenden Oromo-Flüchtlingen aus Äthiopien und Darfuris aus dem Westen des Sudan wird die Menschenrechtsorganisation unter anderem mit Transparenten, einem Schlauchboot, Rettungsringen in EU-Farben und Schildern ihre Kritik unterstreichen und fordern, zu schweren Menschenrechtsverletzungen in beiden Ländern nicht länger zu schweigen.

Die EU hat dem sudanesischen Regime Unterstützung in dreistelliger Millionenhöhe zugesagt, um Flüchtlinge aus benachbarten Ländern auf ihrem Weg nach Europa aufzuhalten, während die sudanesische Luftwaffe und Milizen einen blutigen Krieg gegen die schwarzafrikanische Bevölkerung in Darfur und den Nuba-Bergen führen. Hunderttausende Flüchtlinge aus Darfur müssen in riesigen Lagern ein elendes Leben fristen. Auch zur Unterdrückung und Vertreibung der Oromo in Äthiopien sowie der blutigen Niederschlagung von Protesten mit vielen Toten schweigt die EU.





Weitere Nachrichten unter:

<https://www.gfbv.de/de/pm/>

3. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann,
Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)
E-mail: ulriekuhlmann@googlegmail.com.

Dr. Kajo Schukalla
Markweg 38, 48147 Münster,
Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),
E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Zum Abschluss noch einen Link mit einem speziellen **friedenspolitischen Erfahrungsbericht** von Wolfgang Neuss: Die innere Führungskettenreaktion.

<https://www.youtube.com/watch?v=FzjzSWfZ3xM>

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden..

